

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

In Potsdam wird demonstriert!

Die schwarzweißrote Gegendemonstration verboten! — Eine Falschmeldung des WTB. — beabsichtigter Bluff?

In Potsdam findet heute abend die Demonstration des Reichsbanners gegen das standlose Verhalten des Potsdamer Magistrats in der Flaggenfrage um 8 Uhr auf dem Alten Markt statt. Die von den schwarzweißroten Verbänden eine halbe Stunde früher auf dem gleichen Platz einberufene Gegendemonstration ist vom Potsdamer Polizeipräsidenten verboten worden. Hierüber verbreitete das WTB in den Mittagsstunden folgende Meldung, die in wesentlichen Teilen falsch und irreführend ist:

Potsdam, 1. September.

Die von der Deutschnationalen Volkspartei, der Stahlhelm-Ortsgruppe und den Vereinigten Vaterländischen Verbänden in Potsdam geplante Gegendemonstration gegen die für Donnerstag abend auf dem Alten Markt angekündigte Reichsbannerversammlung gegen die Haltung des Oberbürgermeisters Rauscher in der Flaggenfrage ist vom Polizeipräsidenten verboten worden. Im Polizeipräsidium wird jedoch erwogen, auch die Reichsbannerversammlung zu verbieten, da es aller Voraussicht nach zu Störungen kommen werde, weil die Demonstration unter freiem Himmel stattfindet und eine vorherige Kontrolle der Teilnehmer unmöglich ist. Das Potsdamer Polizeipräsidium steht deswegen mit der Regierung in Verbindung und wird nach deren Weisung handeln.

Aus dem preußischen Innenministerium erfahren wir hierzu, daß ein Verbot der Reichsbannerversammlung niemals auch nur in Erwägung gezogen worden ist.

Auch der Potsdamer Polizeipräsident hat von vornherein den Standpunkt eingenommen, daß die zuerst angekündigte Kundgebung des Reichsbanners zugelassen werden müsse. Er hat auch in diesem Sinne an die Potsdamer Regierung berichtet, die seinen Standpunkt vollkommen geteilt hat. Ebenso haben bereits am heutigen Morgen Verhandlungen zwischen dem Potsdamer Polizeipräsidenten und den dortigen Führern des Reichsbanners stattgefunden mit dem Ziele, eine ordnungsgemäße Durchführung der Reichsbannerkundgebung zu sichern.

Das preußische Innenministerium steht bekanntlich seit jeher auf dem Standpunkt, daß die versammlungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit von der Polizei unbedingt gesichert und geschützt werden müsse. Aus diesem Gesichtspunkt können wohl Gegendemonstrationen verboten werden, wenn sie die Gefahr einer Störung oder Verhinderung der ursprünglich angelegten Demonstration in sich bergen, nicht

aber kann verboten werden die ursprünglich angelegte Demonstration, wenn ihre Veranstaltung den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Diesen klaren Standpunkt hat das Innenministerium bei mehreren Gelegenheiten, so z. B. bei der Stahlhelmdemonstration am 8. Mai, durchgeführt und nimmt ihn auch selbstverständlich gegenüber dem Reichsbanner ein.

Der Standpunkt der preußischen Verwaltungsbehörden in dieser Sache ist also völlig korrekt. Um so mehr muß man fragen,

aus welcher Quelle das WTB, seine halbamtlich erscheinende Falschmeldung geschöpft hat.

Offenbar sind hier irgendwelche reaktionären Kräfte am Werke gewesen, die durch die falsche Mitteilung, daß ein Verbot der Reichsbannerversammlung erwogen werde, vom Besuch der Kundgebung abhalten wollten. Eine Untersuchung dieser dunklen Angelegenheit erscheint dringend notwendig.

Wie der Gauvorstand des Reichsbanners uns mitteilt, besteht nach dem Verbot der Gegendemonstration der Rechtsorganisationen für die Berliner Kameraden des Reichsbanners keine besondere Veranlassung, sich an der heutigen Kundgebung des Potsdamer Ortsvereins zu beteiligen.

München boykottiert die Reichsfarben.

Was tun die Reichsbehörden?

Am Sonnabend sollen im Münchener Rathaus amerikanische Journalisten feierlich empfangen werden. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, aus diesem Anlaß neben den bayerischen und den Münchener Farben auch die des Deutschen Reiches zu hissen, ist, wie schon berichtet, vom Stadtrat abgelehnt worden.

Die sozialdemokratische und die demokratische Rathausfraktion werden diese Demonstration gegen die Farben des Reiches damit beantworten, daß sie der Festlichkeit fernbleiben werden. Was werden die Vertreter der Reichsbehörden in München, Post, Finanzverwaltung, Bahn, in dieser Lage tun? Was wird die Reichsregierung in Berlin tun, um der gegen die versammlungsmäßig gerichteten Demonstration des Münchener Stadtrats würdig zu begegnen?

Eine Warschauer Erläuterung.

Entschuldigung für die neueste Zollverordnung.

Warschau, 1. September. (Eigenbericht.)

Als Antwort auf die deutschen Pressestimmen über die Einführung der Maximalzölle in Polen und wohl auch in Verantwortung der noch vor der letzten Verordnung erfolgten Schritte des deutschen Geschäftsträgers in Warschau läßt die polnische Regierung halb-offiziell mitteilen:

„Die Verordnung über die Einführung der Maximalzölle ist in formeller Beziehung kein Novum, sondern stellt lediglich die Ausführungsbestimmungen zu einer im Jahre 1924 erlassenen Verordnung dar. Sachlich bedeutet die Einführung der Maximalzölle keine Änderung der polnischen Handelspolitik und trifft auch keineswegs irgendeinen Staat besonders, sondern besitzt einen allgemeinen Charakter. Diejenigen Zölle, die in der neuen Verordnung für bisher zollfreie Waren festgesetzt werden, kommen für die deutsche Ausfuhr nach Polen nicht in Frage. Im übrigen ermöglicht der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung Ende Dezember dieses Jahres eine Regelung der Handelsbeziehungen mit Polen für die interessierten Staaten.“

Auch diese Erklärung schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß sich die Zollserhöhungen Polens tatsächlich, wenn auch nicht formell, in der Hauptsache gegen Deutschland richten und als ein Druckmittel für die Verhandlungen mit Deutschland wirken sollen.

Die Mandatsverteilung in Memel.

Die Litauer haben 4, die Sozialdemokraten 3 von 29 Sitzen.

Memel, 1. September.

Gegen 12 Uhr mittags lagen die Ergebnisse aus allen Stimmbezirken vor, mit Ausnahme eines kleinen ländlichen Bezirks, der für die Beurteilung nicht ins Gewicht fällt. Nach der bisherigen Zusammenstellung sind rund 54500 Stimmen abgegeben worden. Die Mandatsverteilung dürfte sich voraussichtlich folgendermaßen gestalten: Volkspartei 10 (11), Sozialdemokraten 3 (5), Kommunisten 2 (0), Großlitauer 4 (2), zusammen 29 Mandate.

Zollangleichung in Amerika.

Kanadische Zollbeamte in den Vereinigten Staaten.

Washington, 1. September.

Kanada entsendet eine Anzahl von Zollbeamten in die Zollverwaltung der Vereinigten Staaten. Sie sollen den Apparat der Zollverwaltung Amerikas kennenlernen.

Das Doppelgesicht Amerikas.

Imperialismus und Pazifismus in den Vereinigten Staaten.

Der Fall Sacco-Banzetti hat Amerikas doppeltes Gesicht auf dem Gebiete der inneren Politik gezeigt. Auf der einen Seite sah Europa die brutale Willkür einer autoritätslüsternen Richterliste, die zwei unschuldige Anarchisten ihrer Bestimmung wegen kapitalistischen Besitzinteressen zum Opfer bringt; auf der anderen Seite sehen wir eine flammende Massenbewegung sich an dem Geiste der Gerechtigkeit entzündend und einen jahrelangen leidenschaftlichen Kampf gegen den Justizterror führen. Das gleiche doppelte, brutale und humane Antlitz zeigen die Vereinigten Staaten in ihrer auswärtigen Politik. Während in Genf die vom Präsidenten Coolidge einberufene Abrüstungskonferenz von drei Seemächten sich fruchtlos um ihre Aufgaben bemühte, setzte das amerikanische Militär seine „Frieden und Ordnung“ schaffende Tätigkeit in Nicaragua fort und richtete dabei ein fürchtbares Blutbad an, indem mehrere Hundert von Nicaraguanern, die für die Unabhängigkeit ihres Landes kämpften, von amerikanischen Flugzeugen aus erschossen wurden. Es liegt jedoch auch hier nicht einfach so, daß die Vereinigten Staaten lediglich eine brutale Gewaltpolitik durch pharisäische Phrasen zu beschönigen suchten, und nur deswegen um so lauter den Imperialismus verurteilten und den Pazifismus predigten, je imperialistischer und militaristischer sie in ihrer Politik auftraten. Wenn man die amerikanische Außenpolitik schon an eine Formel bringen will, so ist es richtiger, von ihrem Doppelgesicht, vom Zusammenwirken verschiedener und gegenläufiger Tendenzen zu sprechen. Der Pazifismus eines Coolidge ist nicht weniger echt, als die imperialistischen Gelüste, auf deren Konto die zum Himmel schreienden Taten der amerikanischen Soldaten in Nicaragua zu buchen sind.

Die pazifistischen Bestrebungen sind in der Vereinigten Staaten sehr stark. Die pazifistische Propaganda, von mächtigen Organisationen mit großer Energie betrieben, findet Anklang in den breiten Schichten der Bevölkerung, die keine Lust haben, noch einmal in einen Krieg zu ziehen. Im Vergleich dazu, was alles die europäischen Völker, insbesondere wir Deutschen, im Kriege und nach dem Kriege erlitten und verloren haben, scheint es uns, daß die Amerikaner überhaupt keine Verluste hatten, vielmehr haben sie sicherlich ein gutes Geschäft gemacht. Die Amerikaner, d. h. die Massen der amerikanischen Bevölkerung, haben keine Gelegenheit, die Zustände ihres Landes mit den europäischen zu vergleichen, sie sehen nicht die unzähligen Gräber Europas, die zahllosen Krüppel, die erschöpften Organisationen, ruinierten Erfindungen und alle die Wunden am wirtschaftlichen und sozialen Körper der europäischen Völker. Ohne Veranlassung zu haben, sich damit zu trösten, daß es den anderen viel schlimmer ging und geht, betrachten sich diejenigen, die nach dem Kriege unter der furchtbaren Krise gelitten haben, vor allem die Farmer, deren Lage auf die Dauer verschlechtert zu sein scheint, als Opfer des Krieges. Für jene aber, die sich des Wohlstandes erfreuen, bedeutet der zukünftige Krieg eine Bedrohung ihrer Ruhe und des Gleichgewichts ihres Daseins. Nach dem Kriege sehnten sie sich, erschreckt durch die allgemeine Erschütterung, durch das drohende Gespenst sozialer Kämpfe, nach dem „Normalzustand“, jetzt wünschen sie diesen wiedergewonnenen „Normalzustand“ zu bewahren. Dazu kommt, daß die amerikanische Bevölkerung sich steuerlich überlastet fühlt. Wir hören von den riesengroßen Ueberflüssen des amerikanischen Budgets. Die Amerikaner vergleichen das, was sie jetzt zahlen müssen, mit dem, was sie früher zahlten. Im letzten Finanzjahr hat die Bundesregierung rund 17,3 Milliarden Mark an Einnahmen bezogen und 14,7 Milliarden ausgegeben; im Jahre 1913—1914 waren Einnahmen und Ausgaben ungefähr gleich hoch aber nur rund 3 Milliarden Mark. Sparjamkeit in den Staatsfinanzen zwecks Herabsetzung der Steuern, das in die populärste Forderung, und die pazifistische Politik wird mit der Sparjamkeit identifiziert: Pazifismus und Sparjamkeit, so lautet das offizielle Programm von Coolidge.

Demgegenüber machen sich aber auch andere Strömungen geltend. Von größter Bedeutung für die Orientierung der amerikanischen Außenpolitik ist die Tatsache, daß Amerika jetzt zum größten Kapitalausfuhrland der Welt geworden ist. Ueber 50 Milliarden Mark sind bereits im Auslande investiert (Kriegsschulden nicht eingerechnet), weit über 3 Milliarden bezieht Amerika jährlich an Zinsen. Davon profitieren nicht nur die Großkapitalisten, sondern auch viele Hunderttausende, die in diesen Anleihen ihre Ersparnisse angelegt haben. So wurde die japanische Anleihe (150 Mill. Dollar) im Februar 1924 von 38 412 Personen gezeichnet, die deutsche Reparationsanleihe von 34 440. Diese Leute brauchen das Gefühl, daß ihr Geld gesichert ist. An sie wendet sich die militaristische Propaganda mit dem Argument, daß Amerika zur größten militärischen und vor allem größten Seemacht der Welt werden muß, um die Investitionen seiner Bürger zu schützen. In diesem Milieu findet auch die Propaganda Anklang, daß Amerika neue Investierungsmöglichkeiten gewinnen und für sich sichern soll. So findet das amerikanische Kapital auch in den breiteren Schichten Unterstützung für seine imperialistischen Bestrebungen. Eindeutig ist aber die Wirkung dieser Faktoren nicht. Es ist vielmehr so, daß die gleichen Motive, in dem einen Gebiet die brutale Gewaltpolitik und im anderen die pazifistischen Tendenzen fördern.

Polen — Sowjetunion.

Friedenspakt und Handelsvertrag.

Moskau, 1. September.

Der polnische Gesandte in Moskau hat am 26. August eine längere Aussprache mit Tschischewin über den Friedenspakt zwischen Moskau und Warschau gehabt. Eine amtliche Mitteilung besagt, daß die Zwistigkeiten, die nach der Ermordung des russischen Gesandten Woffow in Warschau zwischen den beiden Staaten auszubrechen schienen, auf eine für beide Teile befriedigende Weise beigelegt seien. Infolgedessen sehe das Moskauer Kommissariat des Auswärtigen die Angelegenheit als erledigt an.

Die Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages zwischen Polen und Sowjetrußland ebenso wie diejenigen über einen Friedenspakt würden in nächster Zeit wieder aufgenommen.

Kämpfe um Danzig.

Beginn der Genfer Ratstagung.

V. Sch. Genf, 1. September. (Eigenbericht.)

Die Tagung des Rates begann heute vormittag unter dem Vorsitz des schweizerischen Vertreters Billegas mit einer vertraulichen Sitzung, die sich anderthalb Stunden lang hinzog. Neben den laufenden Geschäften wurde nämlich auch über gewisse Danziger Fragen verhandelt, wobei Senatspräsident Sahn und der polnische Regierungskommissar Strasburger sofort zugezogen wurden. Eine Frage betraf das den polnischen Kriegsschiffen seinerzeit provisorisch zuerkannte Recht, bis zum Bau eines neuen polnischen Hafens den Danziger Hafen aufzusuchen und dort zu überwintern. Nachdem nun der Hafen von Gdingen genügend ausgebaut ist, beantragt Danzig die Aufhebung dieses provisorischen Rechtes. Polen versuchte, diesen Danziger Antrag mit juristischen Argumenten von der Tagesordnung abzulehnen, drang aber damit nicht durch. Die Debatte wurde rein juristisch geführt und der Kern der Sache bisher nicht berührt. Ebenso rein juristisch war die Debatte über den nachträglich von Danzig eingebrachten Antrag auf Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 14. März 1924 in Sachen der Westerplatte. Auch hier stützt sich Danzig auf die neue Tatsache, daß der jetzige Hafen von Gdingen genügend ausgebaut sei, um polnische Munitionsschiffe zu löschen. Es entstand eine längere Debatte über die Frage, ob und inwieweit der Rat seine früheren Entscheidungen aufheben könne. Es wurde beschlossen, zunächst ein Komitee von Juristen einzusetzen, um darüber ein Gutachten abzugeben. Von dessen Entscheidung wird es dann abhängen, ob der Danziger Antrag mit auf die Tagesordnung gesetzt wird. In dieses Juristenkomitee kann jeder im Völkerbundsrat vertretene Staat einen Delegierten entsenden.

Ein Großeinbruch aufgeklärt.

Der Führer der Bande noch in Berlin gesucht.

Ein großer, in allen Einzelheiten wohl vorbereiteter Einbruch wurde kürzlich in einer Hutfabrik in der Sendelstraße verübt. Den Dieben fielen für ungefähr 30 000 Mark Seide, Kunstseide und Satin in die Hände. Der Verdacht der Täter- und Führerschaft lenkte sich auf einen 42 Jahre alten Fritz Borries, der von früher her den Strafbehörden gut bekannt ist.

Zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, entwich Borries Ende Juli aus Naugard und wurde seitdem eifrig gesucht. Die Ermittlungen am Latorie ergaben, daß die Einbrecher vier Alarmvorrichtungen außer Betrieb setzten, auch durchschnitten sie die Fernspreckleitung. Hausbewohner hörten am Dienstagabend gegen 18 1/2 Uhr in der Hutfabrik wiederholt eine Klingel anschlagen; da das Geräusch aber wieder aufhörte, so nahmen sie an, daß die Angestellten bereits nach Hause gegangen seien und ein telephonischer Anruf unbeantwortet geblieben sei. Ohne Zweifel sind zu dieser Zeit die Verbrecher schon an Ort und Stelle gewesen. Hierauf mußten sie sich entfernt haben, um den Erfolg ihrer Maßnahmen abzuwarten. Als alles ruhig blieb, kehrten sie bei Einbruch der Nacht zurück und hielten nun unter den reichen Borräten Auswahl. Zeugen haben gesehen, daß morgens um 7 1/4 Uhr ein Blattenwagen vor dem Hause hielt und daß mehrere Männer, die wie Hausdiener gekleidet waren, emsig große Ballen aufluden. Aus ihren Aeußerungen schien hervorzugehen, daß sie Beauftragte der Firma waren. Alle von früher bekannten Schlupfwinkel des Borries im Zentrum der Stadt wurden nun beobachtet. So stiegen die Beamten in einem alten Hause in der Neuen Königstraße auf eine kleine Wohnung, die niemandem zu gehören schien, gemäß einer Seltenheit bei der heutigen Wohnungsnot. Die Beamten drangen ein. Die Tür des einen Zimmers war wie der Eingang zu einem Tresorraum mit schweren Niegeln und dicken Eisenplatten gesichert. Erst nach 1 1/2 stündiger Arbeit gelang es, sie zu öffnen. Noch in der alten Verpackung und mit den Rasteranhängern der bestohlenen Firma lag dort der größte Teil der Beute aus der Sendelstraße. Die Verbrecher hatten aber schon Vorsorge für den Weiterverkauf getroffen. Eine neue Signiermaschine, große Mengen Packpapier und Bindfäden waren bereitgestellt, um die Zeichen und Verpackungen zu ändern und ein Wiedererkennen unmöglich zu machen. Die ganze Beute wurde beschlagnahmt und sichergestellt. Von den Einbrechern läßt sich jedoch keiner sehen. Borries, auf den weiter eifrig gefahndet wird, ist ein schlanker, 1,69 Meter großer Mann, der mittelblondes Haar und ein kränkliches schmales Gesicht hat. Wer über seinen Aufenthalt und über das Verbleib des Restes der Beute etwas mitteilen kann, wird erlucht, sich bei Kriminalkommissar Braschwig, Dienststelle B.5 im Zimmer 63 des Polizeipräsidiums zu melden.

Kleingekündigte und Entschädigungsgesetz.

Von der großen und tiefgehenden Erbitterung, die der Regierungsentwurf zu einem Schlußgesetz für Liquidations- und Gewalttätigkeiten gerade bei den sogenannten Mittel- und Kleingekündigten ausgelöst hat, zeugt eine Versammlung, die von der Interessengruppe „Selbsthilfe“ der geschädigten Auslands-, Kolonial- und Grenzlandsdeutschen für ihre Mitglieder in der Aula des königstädtischen Gymnasiums veranstaltet wurde. Die genannte Organisation steht außerhalb der Arbeitsgemeinschaft für den Ertrag von Kriegs- und Verdrängungsschäden, aber in einer gewissen Beziehung zum Ringverband der geschädigten Auslandsdeutschen und Verdrängten. Die Interessengruppe „Selbsthilfe“ lehnt den Regierungsentwurf, der jetzt dem Reichsrat zugegangen ist, vollkommen ab und besteht auf der Forderung einer vollständigen Entschädigung für die Kleingekündigten. Der Regierungsentwurf mit seinen großen Härten und Ungerechtigkeiten, die er gerade den kleinen Leuten gegenüber aufbringt, ist im „Vorwärts“ wiederholt besprochen und als untragbar bezeichnet worden. Bemerkenswert war, daß man sich auf der gestrigen Versammlung in besonderer Weise die zweideutige Haltung der Rechtspreß wandte und ein vernichtendes Urteil über den „Bund der Auslandsdeutschen“, einer vom Staat subventionierten Organisation, fällte. Die Vertreter der letzteren hatten sich nicht gezeigt, die Interessengruppe „Selbsthilfe“ bei den Regierungsgestellten als — kommunistisch zu denunzieren. Die von dem Regierungsentwurf so stiefmütterlich behandelten sehen nun ihre Hoffnung auf die Abgeordneten des Reichstags. An wen sie sich dabei zu wenden haben, lehrt die Tatsache, daß es vor allem die von der sozialdemokratischen Fraktion geübte Kritik war, die den Sturm der Entrüstung gegen den Regierungsentwurf entfacht hat.

Besondere Empörung löste es aus, daß das zufällige Ergebnis der stützenden Nachuntersuchung in dem Regierungsentwurf zur Rechtsgrundlage gemacht worden ist und daß dieser Entwurf an den Geschädigten überhaupt vorübergegangen ist, die aus irgendeinem Grunde den Termin zur Anmeldung veräumt haben. Ebenso fehlt die Einrichtung von Spruch- und Schiedsgerichtsinstanzen sowie eine klare Definition der sogenannten „Verdrängungs-“ und „Deutschtumsbegriffe“, die schon ungeheuerliche Auslegungen erfahren haben. Des weiteren kennt der Regierungsentwurf keine Abgeltung für die polnischen Liquidationsschäden, bezüglich derer man sich mit der Auszahlung unzureichender Beihilfen begnügt hat. Ferner fehlt eine Regelung für den Ertrag von Erbschaften. Hier machte man auch der Arbeitsgemeinschaft den Vorwurf, daß die wichtige Forderung von ihr nicht aufgenommen worden ist. Wenig schmeichelhaft waren die Urteile, die man über die Arbeitsgemeinschaft, dem famosen „Bund der Auslandsdeutschen“ und über die Regierung fällte. Mit Ironie erinnerte man an das Hindenburg-Wort: „Gerechtigkeit ist die Seele des Staates!“ Man will nun die Gerechtigkeit erkämpfen und darum zu Mitteln greifen, die geeignet sind, das Interesse der großen Öffentlichkeit an dem Regierungsentwurf wahrzunehmen, um ihn mit vermehrter Macht zu Fall bringen zu können. In der nächsten Zeit sollen darum im Reich und in Berlin große Demonstrationen stattfinden. Man möchte der Interessengruppe „Selbsthilfe“ raten, sich der Arbeitsgemeinschaft, die eine unerkennbare Macht darstellt, anzuschließen. Denn dadurch würde die dort stehende Opposition, deren Ablicht es ist, alle hemmenden und labotierenden Kräfte zu entfernen, eine wesentliche Stärkung erfahren.

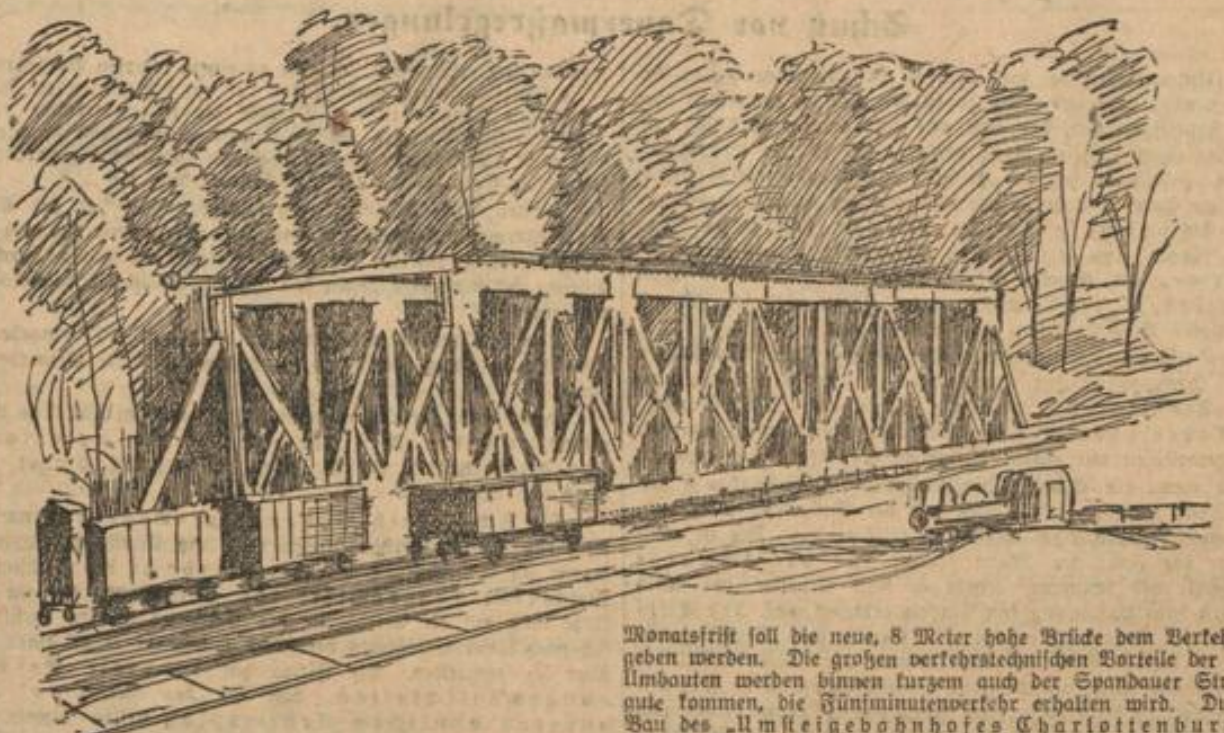
Sonntagsausflug nach Helgoland.

Die Reichsbahndirektion Berlin teilt mit, daß bei genügender Beteiligung am Sonnabend, dem 10./11. September, ein Sonderzug 4. Klasse mit ermäßigten Fahrpreisen nach Hamburg verkehren wird. Von Hamburg aus kann am Sonntag ein Ausflug nach Helgoland mit dem Dampfer „Cobra“ unternommen werden. Auch hierfür werden bereits beim Lösen der Fahrkarte ermäßigte Karten ausgegeben. Der Zug fährt in folgendem Fahrplan: ab Berlin Behrler Bahnhof Sonnabend 13.02, an Hamburg 18.21 Uhr. In Hamburg ist für Uebernachtung zum Preise von 5,50 und 4,60 Mark gesorgt. Dafür werden mit den Fahrkarten Zulagekarten ausgegeben. Der Dampfer „Cobra“ führt ab Hamburg St.-Pauli-Landungsbrücken am Sonntag 6.45 Uhr; er ist um 13.20 Uhr in Helgoland, wo 3 1/2 Stunden bis zur Rückfahrt (ab 17 Uhr) zur Verfügung stehen. Abends ist der Dampfer um 23 Uhr wieder in Hamburg. Der Sonderzug fährt zurück ab Hamburg 0.30 Uhr und ist Montag früh 6.30 Uhr wieder in Berlin.

Ueberfallen oder verunglückt?

Ein eigenartiger Vorfall, der in seinen Einzelheiten noch der Klärung bedarf, ereignete sich gestern Abend um 20,07 Uhr auf dem Bahnhof Wilmersdorf. Auf dem Trittbrett des einziehenden Stadtbahnzuges lag ein Mann, der mit den Beinen zwischen Bahnsteig und Trittbrett eingeklemmt wurde. Bahnbeamte befreiten den Verunglückten, der schwere Verletzungen an

Brücke 17 an der Aovus.



Der ausgedehnte Umbau der Bahnanlagen bei Charlottenburg verändert gründlich das Gesicht der Gegend zwischen den Bahnhöfen Heerstraße, Eichkamp und Bismarck. Der alte Einschnitt Aovus-Heerstraße, der künstliche, 80 Meter hohe Berg, die Untertunnelung der Automobilrennstrecke und endlich eine Reihe neuer Eisenbahnbrücken drücken der ganzen Gegend, die früher reich an idyllischen Winkeln war, den Stempel des modernsten Verkehrs auf. Eine der stattlichsten neuen Brücken ist die oben abgebildete zweigleisige Brücke „17“ für den Güterverkehr Westend-Grünwald. Aus hochwertigem Stahl hergestellt, überquert sie mit 59 Meter Nutbreite und 9 Meter Breite den tiefen Einschnitt zwischen Aovus und Heerstraße. Binnen

Monatsfrist soll die neue, 8 Meter hohe Brücke dem Verkehr übergeben werden. Die großen verkehrstechnischen Vorteile der übrigen Umbauten werden binnen kurzem auch der Spandauer Strecke zugute kommen, die fünfminütigenverkehr erhalten wird. Durch den Bau des „Umsteigebahnhofes Charlottenburg“ wird das Umsteigen zur Stadtbahn, zum Ring und nach Grünwald erleichtert und verkürzt. Die bisherige, ungleiche Streckenbelastung der Stadtbahn (100 000 Fahrgäste im Mai 1926 auf dem Abschnitt Strauß-Kummelsburg—Alexanderplatz gegen halb soviel auf dem Streckenabschnitt Charlottenburg—Zoologischer Garten) wird durch den regeren Vorortverkehr nach Spandau ausgeglichen und wirtschaftlicher gestaltet werden. Durch Loslösung der Fernzüge von Spandau nach Charlottenburg vom Vorortverkehr wird aber auch der Verkehr Fernbahnhof entlastet. Hamburger Schnellzüge wird man über die Stadtbahn fahren können, was bei allen Reisenden freudige Zustimmung finden wird. Zum Schluß wäre noch das große, in sich abgeschlossene Reserverelände zu erwähnen, das durch die Verlegung der Fern- und Vorortzüge gewonnen wurde.

den Unterarmen davongetragen hatte, aus seiner qualvollen Lage und sorgten für seine Ueberführung in das Wilmersdorfer Krankenhaus in der Köpenickerstraße. Der Verunglückte, ein Angestellter Georg G. aus der Müllerstraße 151, gab bei seiner Vernehmung an, nicht zu wissen, wie er auf das Trittbrett gekommen ist. Wie er weiter auslegte, ist ihm eine Aktentasche abhanden gekommen, die für 500 Mark Wechsel emblett. Die Tasche ist aber weder im Abteil noch auf der Strecke, die von Beamten abgeprüft wurde, aufgefunden worden. Möglicherweise ist G. überfallen und betäubt worden, zumal ihm jedes Erinnerungsvermögen fehlt, aber auch ein Unfall scheint nicht ausgeschlossen.

Ueberschwemmungskatastrophe in Polen.

Ueber 100 Todesopfer.

Warschau, 1. September. (Eigenbericht.)

Digitalien und die niederen Karpathen sind von einer ungeheuren Ueberschwemmungskatastrophe heimgesucht worden. Infolge langandauernden Regens und heftiger Wolkenbrüche sind die Wasser in den beiden Flüssen San und Dniestr ungeheuer gestiegen, zertrümmen die Dämme und schwemmen alle Brücken fort. Städte und Dörfer sind völlig unter Wasser gesetzt. Die Zahl der Menschenopfer ist noch nicht fest, dürfte jedenfalls aber 100 überschreiten. Der Materialschaden wird auf mehrere Millionen Zloty beziffert. Am meisten scheint von der Katastrophe die Gegend um Przemyśl betroffen zu sein. Die Kaphisa-Kaffinerie und die Bergwerke in Galizien sind von den Wassern bedroht. Der Eisenbahnverkehr ist völlig lahmgelegt worden. In dem Städtchen Cuty sind 600 Häuser von den Wassern zerstört worden. Nach Bekanntwerden der Katastrophe hat die Regierung eine halbe Million Zloty für Hilfeleistungen ausgelegt.

Ein Glas Wasser gleich einer Flasche Wein.

Die Tagespreß in Holland beschäftigt sich in der letzten Zeit eingehend mit einer Frage, die auch in anderen Ländern immer wieder in der Öffentlichkeit behandelt wird, nämlich dem Trinkzwang in den Hotels oder der Gegenleistung für den Verzicht auf das Trinken in den Gasthäusern. Der Ausgangspunkt des Meinungs-austauschs in Holland sind Auseinandersetzungen in mehreren führenden Häusern mit den Gästen, denen für ein Glas Brunnenwasser ein Preis berechnet worden ist, der nicht im richtigen Verhältnis zu der Leistung an sich steht. Es sollen in einzelnen Fällen mehrere Gulden für ein Glas Wasser berechnet worden sein, und vor allen Dingen haben daran Amerikaner Anstoß genommen, die in ihrer Heimat des Trinkens entzöhnt sind. In der holländischen Preß wird nicht mit Unrecht darauf aufmerksam gemacht, daß solche Vorkommnisse nicht geeignet sind, die Meinung zu entkräften, Holland sei ein sehr teures Reiseland. Unter diesem Ruf hat das Hotelgewerbe bisher schon gelitten, und es ist zu befürchten, daß die letzten Vorkommnisse noch weiter ungünstig wirken werden. Als die geltende Meinung darf wohl angesehen werden, daß man es für zulässig hält, wenn bei Nachtarbeiten, bei denen keine Getränke genommen werden, ein Aufschlag erhoben wird, der dem Unternehmer eine Gegenleistung bietet für die verringerte Einnahme, die er gegenüber seiner Konkurrenz hat. Wenn der Gast auf diese Gegenleistung vorher aufmerksam gemacht wird, so dürfte er vernünftigerweise keine Einwendungen erheben. Anders liegt der Fall jedoch, wenn für ein Glas Wasser ein Preis gezahlt werden soll, für den sich eine Flasche guten Weins erwerben läßt.

Wogenende mit den Naturfreunden. Eine Wogenendefahrt nach Niederfinow — Lieper Schleusen — Liepe — Kloster Chorin veranstaltet der Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien, am 3. und 4. September. Die Fahrt beginnt am Sonnabend, 17.35 Uhr, ab Steintiner Fernbahnhof nach Niederfinow. Von hier aus Wanderung über Lieper Schleusen (Besichtigung) nach Liepe. Nachtlage (Betten). Am Sonntag früh Wanderung über Forsthaus Liepe und durch das Naturschutzgebiet „Blagefenn“ nach Chorinchen (Rittagsrast). Danach Besichtigung der Klosterkirche Chorin und Wanderung nach Chorin. Von hier Rückfahrt 20.44 Uhr, Ankunft in Berlin 22.18 Uhr. Preis der Teilnehmerkarte 7 M. (Eisenbahnfahrt hin und zurück, Nachtquartier (Betten) mit erstem Frühstück und Morgentee, Besichtigungen). Mittagessen für 2 M. kann bestellt werden. Teilnehmerkarten sind zu haben bei Bruno Dammig, R. 65, Lüderstr. 58; Richard Walter, Reutölln, Sieghardstr. 55 (Laden); Hugo Sinn, R. 20, Steintiner Straße 30; Erich Thomas, R. 65, Lugenburger Str. 1 (Laden); „Vorwärts“-Spedition, Berlin-Treptow, Oranienstr. 50.

Die Flieger unterwegs.

Weltflieger in Konstantinopel. — Der englische Ozeanflug.

Konstantinopel, 1. September.

Die Flieger Brock und Schlee, die hier gestern um 1.44 Uhr vormittags mit ihrem Flugzeug „Stolz von Detroit“ eingetroffen sind, haben mitgeteilt, daß das Flugzeug von Belgrad nach Konstantinopel sechs Stunden gebraucht habe. Kein Zwischenfall habe sich auf dem Flug ereignet. Sie schätzen jedoch, daß sie durch Gegenwind 45 Minuten Verspätung erlitten haben. Nach Auffüllung der Benzintanks wollten die Flieger unverzüglich den Flug nach Bagdad fortsetzen. Sie wurden aber gezwungen, die Nacht in Konstantinopel zu verbringen, um den notwendigen Formalitäten nachzukommen, die ihnen gestatten, über türkisches Gebiet zu fliegen. Diese Verzögerung bedeutet für sie einen einseitigen Verlust in dem von ihnen aufgestellten Flugplan.

London, 1. September.

„Imperial Airways“ teilten der „Westminster Gazette“ gestern Abend mit, daß um 9.30 Uhr eine Mitteilung eingetroffen ist, wonach das britische Atlantikflugzeug weiterhin unterwegs ist. Der Standort des Flugzeuges wurde jedoch nicht mitgeteilt.

Notlandung eines englischen Marineflugzeuges.

Königsberg, 1. September.

Zu der Notlandung eines der heute vormittags von Danzig nach Helsingfors abgegangenen drei englischen Marineflugzeuge berichten die Morgenblätter: Auf dem freien Ozean mußten am Mittwoch vormittag gegen 11.30 Uhr drei englische Marineflieger notlanden, konnten jedoch nach 20 Minuten ihren Flug fortsetzen. Gegen 4 Uhr nachmittags schickte man vor Neukuhren eines dieser Flugzeuge treibend auf der See. Das Flugzeug hatte wegen plötzlichen Aussetzens des Motors niedergehen müssen. Es wurde mit gebrochener Seitensteuer und beschädigtem Schwimmer in den Hafen von Neukuhren eingeschleppt. Ein Wiederanstieg erwies sich als unmöglich. Die aus sechs Mann bestehende Besatzung, zwei englische Offiziere und vier Ingenieure, wurde — bis zum Eintreffen neuer Weisungen vom Landratsamt — unter Beobachtung gehalten. Die beiden anderen Flugzeuge hatten, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß für das havarierte Flugzeug keine Gefahr bestand, ihren Flug nach Helsingfors fortgesetzt.

Riesige Poffsendungen an Lindbergh.

Lindberghs Sekretär veröffentlicht in der Zeitschrift „Popular Science“ eine Aufzählung der an Lindbergh ergangenen Angebote. Darunter befindet sich ein Angebot von einer Million Dollar für den Fall, daß Lindbergh eine Ausnahme seiner Heiratszeremonien gestatten wolle. Die Brautwahl, heißt es, würde Lindbergh nicht schwer fallen, da unter den 3 1/2 Millionen der an ihn ergangenen Briefe und 100 000 Telegramme mehrere tausend Heiratsangebote sich befanden. Sollte Lindbergh jedoch die Einsamkeit vorziehen, so stehen ihm drei hundert Einladungen, den Mond mit einem Raketenflugzeug zu erreichen, zur Verfügung. Die an Lindbergh gerichtete Post wird als die umfangreichste bezeichnet, die jemals eine einzelne Person in der Welt erhalten haben dürfte. Außer 5 000 Gedichten enthält sie 10 000 Dollar an beigesägten Rückpost, 14 000 Personen sandten Geschenkpakete. Unter den Briefschreibern überwiegen die Frauen und Mädchen. Lindbergh beantwortete einige tausend Briefe handschriftlich und ließ den Rest in den Papertorb wandern.

Bierfötter in Amerika siegreich.

New York, 1. September. (Tl.)

Im Marathon-Wettswimmen quer durch den Ontario-See ist Bierfötter in 11 Stunden 45 Minuten siegreich geblieben. Zweiter wurde der Franzose Georges Michel mit zwei Meilen Abstand, dritter der Kalifornier Arthur Compton mit sechs Meilen Abstand. Zwei Drittel aller Teilnehmer hatten aufgegeben. Eine große Menschenmenge bereitete dem Sieger am Ufer einen begeisterten Empfang.

Schwerer Unfall Feil von Opels. Der bekannte Sportsmann Feil von Opel hat gestern mit seinem in Paris siegreichen Rennmotorboot auf dem Rhein bei Rüsselsheim einen schweren Unfall erlitten. Als er eine neue Steuerkonstruktion für die demnächst stattfindenden kalifornischen Rennen ausprobierte, überflug sich das Boot im 70-Kilometer-Tempo und Feil von Opel kam unter das kieloben treibende Boot zu liegen. Hilfsboote konnten den bereits Bewußtlosen retten.

